



Mainz, 24.01.2014

Antrag **1839/2012 zur Sitzung Stadtrat am 20.11.2012**

Haushaltsentwurf 2013/2014 ablehnen (DIE LINKE.)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. ...die Stadt Mainz als überschuldet zu erklären.
2. ...den Haushaltsentwurf 2013/2014 zur Notstandsberatung in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen.
3. ...den Stadtvorstand aufzufordern, unverzüglich im Einklang mit anderen überschuldeten Kommunen in Rheinland-Pfalz, dem Deutschen Städtetag, dem Städte- und Gemeindebund, dem Ministerium für Finanzen Rheinland-Pfalz und weiteren involvierten Gremien und Organisationen die schnellstmögliche Entschuldung bei der Bundesregierung einzufordern.

Begründung:

Die Stadt Mainz ist in ihrer Gesamtheit (inklusive der stadtnahen Gesellschaften) mit weiterhin steigender Tendenz überschuldet im Sinne § 93 Abs. 6 GemO. Sie wird es auf lange Sicht nicht leisten können die Schulden- sowie die Zinslasten abzutragen, ohne damit ihren gesetzlichen Auftrag zum Wohle der Bevölkerung erfüllen zu können. Wie der Haushaltsentwurf verdeutlicht, ist eine andauernde Neuverschuldung Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des verfassungsrechtlich bedenklichen Status Quo.

Die aufgezeigten Einsparmaßnahmen und Gebührenerhöhungen sind nicht geeignet die Überschuldung wirksam zu bekämpfen, sie sorgen vielmehr für fortschreitenden sozialen Unfrieden und Politikverdrossenheit, was eine schleichende Gefahr für die Demokratie darstellt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Dieter Hofem

12.11.2012/08:00 h